

## UND SELBSTBEHALTE sundheitswesen

befürchtet, dass der Privatisierungsschritt zu einer Explosion der Pflegekosten führen wird.

In Beantwortung einer dringlichen Anfrage der KPÖ zum Spitalsstrukturplan, der die Einsparung von Spitalsabteilungen und die Schließung ganzer Krankenhäuser vorsieht, hat die Gegenreform-Partnerschaft die Einbeziehung von Vertretern der betroffenen Regionen abgelehnt.

Im Mai wurde bekannt, dass die **Grazer Kinderwunschambulanz** als sogenanntes PPP-Modell weitergeführt werden soll. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wies auf das Prinzip dieser Modelle hin, wonach „die Öffentlichkeit alles zahlt und für Verluste haftet, während die Profite von Privatinvestoren eingesteckt werden.“

Im August tritt ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder für die **Einführung eines Selbstbehalts** als „erzieherische Maßnahme“ ein (kann man Kranke zum Nicht-Kranksein erziehen?), den alle Patienten zahlen sollen, die eine ärztliche Ordination aufsuchen. Klimt-Weithaler von der KPÖ bezeichnet diese Forderung als menschenverachtend, weil sie die Ärmsten am härtesten trifft.

Im Gegenzug verlangt die Klubobfrau der KPÖ im steirischen Landtag, die **Höchstbeitragsgrundlage** zur Krankenversicherung abzuschaffen. Der von der ÖVP angedrohte Selbstbehalt spielt für Landesregierungsmitglieder mit Gagen von 13.872 Euro pro Kopf und Monat (der Landeshauptmann streift 15.504 und sein Stellvertreter 14.688 Euro ein) keine Rolle, würde aber die Mehrheit der Bevölkerung schwer treffen.

Im September wurden das Gebäude und die Liegenschaften des **LKH Hörgas-Enzenbach** im Auftrag der Landesregierung zum Verkauf ausgeschrieben. Die Etablierung eines privaten Pflegeheims werde die Problem des Lands nicht lösen, aber die Pflegekosten in die Höhe treiben, wie KPÖ-Klubobfrau Klimt-Weithaler betonte.

In der KPÖ-Broschüre wird vor der Zerschlagung der bestehenden Strukturen gewarnt. **Noch ist es nicht zu spät: diese Pläne stehen großteils erst auf dem Papier: Protest und Widerstand sind möglich und notwendig.**

LKH Mürrzuslag: (Bild) Wenn Bezirkszusammenlegungen kommen, sind auch die Bezirks-Landeskrankenhäuser vom Zusperrern bedroht.



Vier Landespflegezentren werden derzeit noch vom Land Steiermark betrieben, darunter jenes in Knittelfeld (Bild). Jetzt sollen sie verkauft werden. Kurzfristig werden so Kosten verschleiert, langfristig ergibt die Verschönerungspolitik schwere Verluste für die öffentliche Hand.

<http://solidarischgesund.org/>

### Arbeitskampf notwendig!

Österreich krank kürzen – das ist die eine Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die in der Steiermark gegen das öffentliche Gesundheitswesen geführten Angriffe sind nur der Anfang.

Der IWF, hat in Österreich insbesondere das Gesundheitswesen im Visier. Er droht, dass Österreich sein Triple-A-Rating auf den internationalen Finanzmärkten verliert, wenn nicht pariert wird. Weiters fordert er Pensionskürzungen.

Die vom IWF geforderten Kürzungen werden die Ungleichheit weiter verschärfen, die Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen weiter verschlechtern und die Lebensqualität absenken. Alle drei Faktoren machen Menschen krank. Der IWF schlägt damit dem Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit mitten ins Gesicht. Das Menschenrecht auf bestmögliche Gesundheit gilt explizit als von wirtschaftlichem Wachstum unabhängig. Es hängt nur von den verfügbaren Ressourcen (Gebäude, Personal, Medikamente, Wissen) ab. Österreich hat, wie die allermeisten Staaten dieser Erde, dieses Menschenrecht unterzeichnet und ratifiziert.

Wann werden die sozialen Initiativen endlich aufwachen, die meinen, sie könnten mit punktuellen Aktionen harte gesellschaftliche Kräfteverhältnisse verschieben? Arbeitskämpfe sind notwendig, Streik ist das Gebot der Stunde. Gerade auch im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Dass das geht, wie das geht, und dass das etwas bringt, hat pro mente Oberösterreich dieses Jahr gezeigt.

Wir müssen alternativ ein solidarisches Gesundheitswesen entwickeln, das dem Würgegriff des Kapitals und seines Staats entzogen ist.

